



Kommunalwahlkampf in Brandenburg im Mai 2024.

ZUR ENTWICKLUNG DER KOMMUNALPOLITISCHEN PRÄSENZ DER AFD

Ein Zwischenbericht aus Brandenburg

Einleitung

An der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle (EJGF) des Moses Mendelssohn Zentrums (MMZ) haben wir frühzeitig der Kommunalpolitik besondere Aufmerksamkeit zugewandt. In einer Studie im Rahmen unserer „Mitteilungen“ haben wir zunächst 2019 die Kandidaturen rechtsextremer Parteien zu den Brandenburger Kommunalwahlen auf breiter Datengrundlage untersucht (Botsch/Schulze 2019). In einer Folgestudie analysierte unser Autor Cash Hauke explorativ, wie sich die breite Präsenz von Mandatsträger:innen der AfD auf die kommunalpolitische Alltagspraxis auswirkte und von den Vertreter:innen demokratischer Parteien wahrgenommen worden ist (Hauke 2023).

Wir gehen davon aus, dass in einem Flächenland wie Brandenburg die Kommunalpolitik von besonderer Bedeutung ist. Als Analyserahmen liegt unserer Forschung das von Cas Mudde entwickelte Schema zugrunde, das die Erfolgsbedingungen rechtsextremer Akteure insbesondere im parteipolitischen Rahmen durch drei Faktoren bestimmt sieht (vgl. Mudde 2007, 201-276).¹ Ein Faktor ist dabei (a) die *politi-*

¹ Mudde (2007) untersucht im europäischen Vergleich „Populist Radical Right Parties“, ein Untersuchungsgegenstand, der nicht zwangsläufig mit dem in Deutschland verwendeten Begriff des „Rechtsextremismus“ identisch ist. Da die AfD indes – zumindest in Brandenburg – nicht nur als rechtsradikale Partei klassifiziert werden muss (vgl. Kopke/Lorenz-Milord 2021), sondern

sche Kultur, welche die „Nachfrageseite“ („demand side“) derartiger Politikangebote beeinflusst, und die sich unter anderem durch Erhebungen zu Meinungen und Einstellungen und durch langfristig angelegte Studien zum Wahlverhalten messen lässt. Auf der „Angebotsseite“ unterscheidet Mudde (b) als „external supply side“ die *Gelegenheitsstrukturen*, die sich für rechtsextreme Parteien bieten (ohne dass sie unmittelbar von ihnen kontrolliert werden könnten) von (c) diesen *Akteuren* selbst, die für die „internal supply side“ stehen.

(a) Erhebungen zur politischen Kultur und Ergebnisse der Wahlforschung zeigen, dass in Brandenburg seit langem eine Nachfrage nach Politikangeboten rechts von Union und FDP vorhanden ist – einschließlich solcher, die als rechtsextrem bezeichnet werden müssen (vgl. Falkner/Kahrs 2019; Lorenz/Träger 2021). In einer Studie im Auftrag der EJGF hat Christoph Richter die regionale Verankerung der AfD ausgelotet, indem er die Bundes- und Landtagswahlergebnisse auf der Ebene der Wahlkreise mit statistischen Daten korreliert und die drei verbreitetsten Hypothesen zur Erklärung der Rechtsaußenwahl testet: die soziodemografische, die sozioökonomische und die politisch-kulturelle Hypothese. Zusammenfassend stellt Richter fest, dass insbesondere soziodemografisch und teilweise auch sozioökonomisch orientierte Theorien „durchaus Erklärungsansätze“ für die Wahl der AfD liefern, „mindestens für einen Teil der Wählerschaft und für einen Teil der [Wahl-] Kreise“. Deren Erklärungskraft reiche allerdings nicht aus, um die „großen Kreisunterschiede bei der Zustimmung zur AfD umfänglich zu begründen [...]. Wesentlich klarer wird das Bild, wenn man die politischen und kulturellen Merkmale der Wählerschaft betrachtet“ (Richter 2023, 12). Zwar berücksichtigen Richters Daten die Wahlgänge zum Landtag 2024 und zum Bundestag 2025 nicht, doch bleibt der Befund gültig, dass sich „um die AfD ein fester Kern rechtspopulistischer bis rechtsextremer Wähler:innen“ gebildet hat, welcher „auf absehbare Zeit für demokratische Wahlangebote nur noch schwer erreichbar“ ist (Richter 2023, 13). Mindestens diesen Teil des Elektorats kennzeichnen demnach „Statusverlustängste, Zukunftssorgen, vor allem aber rigide, autoritär-nationalistische Einstellungen im Bereich Migration, Identität und innere Sicherheit [...] über die unterschiedlichen Statusgruppen hinweg“ (Richter 2023, 12). Gerade mit Blick auf ein historisch gewachsenes „regionales Raumklima“ (ebd.), dessen Bedeutung Richter (in Übereinstimmung mit Falkner/Kahrs 2019) hervorhebt, sind diese Befunde für die kommunale Ebene von Relevanz, auch wenn sie sich auf die übergeordneten Ebenen des Bundes und der Länder beziehen und daher nicht einfach übertragen werden können.

(b) Der Hinweis auf ein solches „Raumklima“ verweist auf Gelegenheitsstrukturen, die sich rechtsextremen Akteu-

ren bieten. Für Brandenburg ist diese Dimension noch nicht eigenständig systematisch untersucht worden. Insbesondere liegen keine quantitativen Daten zum Zusammenhang zwischen einer regional verankerten politischen Kultur und dem Wahlerfolg rechtsradikaler Parteien vor. Auf der institutionellen Ebene ist vor allem die in Brandenburg vorgesehene Direktwahl der kommunalen Spitzenbeamten von Interesse. Bei den bislang bestehenden Kräfteverhältnissen konnte es der AfD zwar mitunter gelingen, Kandidat:innen erfolgreich bis in die Stichwahl zu bringen, sie scheiterten aber spätestens im zweiten Wahlgang an einer strukturellen Mehrheit der AfD-Gegner:innen in den Kommunen. Die demografische Entwicklung und die jüngsten Wahlgänge lassen aber vermuten, dass sich dies in näherer Zukunft zumindest in manchen Kommunen ändern wird.

In den Kommunalvertretungen bieten sich der AfD zahlreiche Gelegenheiten, die sie allerdings oftmals nicht zu nutzen versteht – ein Umstand, der mit der internen Angebotsstruktur (c) zusammenhängt. Mutmaßlich erschwert außerdem die Eigenart der kommunalen Selbstverwaltung einem autoritär-populistischen Akteurin wie der AfD die volle Entfaltung ihrer Kräfte. Mit der strukturierten und geregelten, letztlich auf bürgernahe Sacharbeit orientierten Arbeitsweise einer Kommunalvertretung kommen die Mitglieder der AfD im Einzelnen wie auch die Partei als Ganzes offenkundig schwerer zurecht, als mit dem Landesparlament, wo sie stark auf die Außenwirkung öffentlicher Plenardebatten setzen können. Es ist von daher keine Überraschung, dass die Arbeit der AfD-Frakturen von anderen Kommunalvertreter:innen als eher mangelhaft wahrgenommen wird (Hauke 2023, 14-18). In nennenswertem Ausmaß scheiterte die Partei daran, gewonnene Mandate zu besetzen und ihre Fraktionen so zu stabilisieren, dass sie im Kern eine Legislaturperiode durchhalten (vgl. Hauke 2023, 8-10). Gleichwohl bleibt die Frage der Zusammenarbeit mit anderen Fraktionen oder einzelnen Kommunalpolitiker:innen relevant, hofft die AfD doch gerade auf kommunaler Ebene, die viel beschworene „Brandmauer“ überwinden zu können (vgl. Berndt/Springer 2022). Dabei hat das oftmals wenig konstruktive, mitunter als aggressiv wahrgenommene Auftreten ihrer Parlamentarier:innen problematische Auswirkungen für die AfD (Hauke 2023, 10-14; vgl. auch Klewes et al. 2022).

Für Brandenburg noch kaum beforcht ist die Frage, wie sich die politischen Strategien der konkurrierenden Parteien und der demokratischen Zivilgesellschaft auf Gelegenheitsstrukturen für die Rechtsaußenparteien ausgewirkt haben. Insbesondere bleibt unklar, welche Erfolgswahrscheinlichkeiten Strategien haben, die auf ein „Rückgewinnen“ der AfD-Wählerschaft durch Bedienen der einschlägigen Stimmungen und Themen zielen. Sozialwissenschaftliche Analysen mahnen hier eher zur Skepsis.² Ebenso fehlt Wissen über die Eröffnung oder Begrenzung von Gelegenheiten

in Stil und Inhalt zugleich ein populistischer Akteur bleibt (vgl. Minkenberg 2021), ist die Anwendung des Analyserahmens angemessen.

² Vgl. zuletzt für die BT-Wahl 2025: Vehrkamp 2025.

durch mediale Berichterstattung. Ein Blick in die brandenburgischen Lokalmedien verstärkt den Eindruck, dass ein oft unkritischer Umgang mit AfD-Kandidat:innen und Politiker:innen zur „Normalisierung“ rechtsextremer Politikangebote beigetragen haben könnte – eine Hypothese, die einer Überprüfung bedarf.³ Im Prozess ihres Aufstiegs und ihrer Konsolidierung waren ferner wiederkehrende Straßenmobilisierungen an regionalen Fokus-Orten von besonderer Bedeutung für die AfD. Sie manifestierten sich zunächst als flüchtlingsfeindliche Proteste, später aus Anlass der Pandemie, und boten der Partei, soweit sie nicht selbst in Organisation und Durchführung involviert war, hervorragende Gelegenheiten.⁴

(c) Die Frage, ob und inwieweit die AfD Gelegenheitsstrukturen optimal nutzen kann, verweist auf den dritten Einflussfaktor nach Mudde, den rechtsextremen Akteur selbst. Hier ist zu fragen nach Ideologie, Programmatik und Propaganda, nach Führung und Personal sowie nach den organisatorischen Aspekten, von denen die Erfolge und Limitationen einschlägiger Parteien abhängig sind. So sollten rechtsradikale Parteien nicht bloß als „by-products of forces outside their own control“ betrachtet werden, sondern als „engineers of their own success“ (Goodwin 2006, 350). Denn nur wenn die jeweilige Partei in der Lage ist, Gelegenheitsstrukturen zu nutzen und Nachfrage zu bedienen, kann sie erfolgreich bestehen. Auf diesem Feld, der akteursorientierten Untersuchungen, liegt der Schwerpunkt unserer Forschung an der EJGF (vgl. Botsch 2017).

In unserer Untersuchung zu den Kommunalwahl-Kandidat:innen der Rechtsaußenparteien 2019 (Botsch/Schulze 2019) fragten wir vor dem Hintergrund der seinerzeit geführten Debatte um Repräsentationslücken in den parlamentarischen Vertretungen der Bundesrepublik in erster Linie danach, wer sich für die AfD zur Wahl stellte. Grundlage war eine vollständige Auswertung der Kandidat:innenlisten für Brandenburg. Neben der AfD waren zu diesem Zeitpunkt noch die wesentlich weniger stark engagierte offen rechtsextreme bis neonazistische NPD (vgl. Vierkant 2021) und in sehr geringem Umfang Restkandidaturen der Partei Die Republikaner (vgl. Schulze 2021; Fischer 2024) als Vergleichs- und Kontrastfälle zu

berücksichtigen, die bei dem letzten Wahlgang 2024 nicht mehr relevant waren.⁵ Uns interessierten vor allem die regionale Verteilung der Kandidaturen, soziologische Merkmale und Auffälligkeiten. Darüber hinaus untersuchten wir Selbstdarstellung, Auftreten und programmatische Orientierungen anhand ausgewählter, aber typischer Beispiele. Unser besonderes Augenmerk galt der Frage, welches Verhältnis zu Demokratie, Verfassung und Menschenrechten in der AfD als akzeptabel betrachtet wurde. Zu diesem Zweck wurden ergänzend sämtliche greifbaren Wahlprogramme für die Kreise und kreisfreien Städte einer inhaltlichen Analyse unterzogen.

Soweit das Personal betroffen ist, kamen wir unter anderem zu dem Ergebnis, dass AfD-Kandidat:innen auf kommunaler Ebene in größerem Rahmen in die flüchtlingsfeindliche Demonstrationspolitik der AfD eingebunden waren – was übrigens auch auf die Landtagswahl-Kandidaturen desselben Jahres im Vergleich zu 2014 zutrifft. Auch jenseits dieser Mobilisierungen fielen Kandidat:innen in nennenswertem Ausmaß mit Äußerungen auf, die „Sympathie mit rassistischen oder rechtsextremen Positionen oder mit entsprechenden Organisationen erkennen lassen, mit drastischer Sprache politische Gegner:innen angreifen oder diskriminierende Inhalte transportieren“ (Botsch/Schulze 2019, 10). Dies korrespondierte 2019 mit den programmatischen Aussagen, die „in der Summe [...] im Bereich Staat, Verwaltung und Demokratie wenig Impulse für eine Stärkung repräsentativer oder Belebung partizipativer Elemente“ brachten, sondern vielmehr auf kommunaler Ebene das „für die AfD insgesamt feststellbare Grundmuster einer autoritär-plebiszitären Konzeption ‚wahrer Demokratie‘“ konkretisierten, welche von einem „im ethnischen Sinne homogen gedachten Volk“ ausgehe (Botsch/Schulze 2019, 14). So war in der Gesamtbilanz festzustellen: Die für die interne Angebotsdimension maßgeblichen Faktoren „Personal“ und „Programmatik“ ließen nicht erwarten, dass sich „positive Demokratisierungs-Effekte“ durch eine stärkere AfD-Repräsentanz einstellen würden. Vielmehr war zu befürchten, dass die „auch kommunalpolitische gepflegte Positionierung als Fundamentalopposition und ihre [...] Blockadehaltung“ wenig Chancen zur konstruktiven Problemlösung im kommunalen Rahmen bieten würden (Botsch/Schulze 2019, 14).

Das Interesse, diese prognostische Aussage nach einer halben Legislatur empirisch zu überprüfen, stellte besondere methodologische Herausforderungen. In einer explorativen Studie, die Cash Hauke im Auftrag des MMZ auf Grundlage

³ Vgl. dazu aber die Hinweise, die auf schwierige Arbeitsbedingungen für Lokaljournalist:innen in Ostdeutschland hindeuten. Zu den Faktoren gehören die Arbeitsbelastung, aber auch eine gestiegene Bedrohungslage durch „Mandats- und Funktionsträger, für die Medienfeindlichkeit ein zentraler Bestandteil ihrer politischen Strategie ist“: Peltz 2025.

⁴ Vgl. Schulze 2017; Schulze 2018; Schulze 2019; Schulze 2022; Minkenberg/Sündermann 2021, Obermüller et. al. 2023. In einer Übergangsphase mit geringem Mobilisierungsgeschehen wich die AfD stärker auf die auch sonst hochfrequent ausgerichteten Saalveranstaltungen aus und konnte jene Klientel fester an sich binden, die sie zuvor u.a. auf Straßenprotesten angesprochen hatte. Die Gelegenheitsstrukturen waren auch in diesem Feld stark von günstigen Bedingungen vor Ort abhängig, vgl. Schulze 2020.

⁵ 2024 gewann die in „Die Heimat“ umbenannte NPD nur noch fünf kommunale Mandate. Zusätzlich gewann ein als vormaliger NPD-Funktionär bekannter Neonazi als Einzelbewerber ein Mandat in Bad Belzig. Erwähnenswert ist schließlich, dass einige gewählte Gemeindevertreter einer Wählergemeinschaft in der Prignitz mit dem Parteimilieu verbunden sind. In der Prignitz gewann außerdem Mario Schulz für die Neonazigruppierung „III. Weg“ ein Kreistagsmandat.



Wahlkampfstand der AfD in Kloster Lehnin zur Bürgermeisterwahl 2024.

qualitativ erhobenen Materials erstellt – die Feldphase dauerte bis Ende 2022 – ging es um die Frage, inwieweit sich die Präsenz der AfD „auf die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit, die Pluralität und die Arbeitsqualität der kommunalen Gremien in Brandenburg auswirkt“ (Hauke 2023, 1). Die Ergebnisse nährten die Skepsis, ob es der AfD möglich sei, die Anliegen der Bürger:innen, oder auch nur ihrer eigenen Anhänger:innen, in den kommunalen Gremien angemessen zu vertreten. Vielmehr konzentrierten sich ihre Mandatsträger:innen und Fraktionen auf die „öffentlichkeitswirksame und polarisierende Ansprache“ ausgewählter Reizthemen (Hauke 2023, 18), oft ohne oder von geringer kommunalpolitischer Relevanz, während die Leistungsfähigkeit der entsprechenden Gremien durch die AfD erheblich sank. Gleichwohl ist in der Gesamtschau auf die drei Einflussfaktoren – politische Kultur, Gelegenheitsstrukturen und Akteursdimension – nicht zu übersehen, dass die „Chancen der AfD mit den Versäumnissen der demokratischen Politik in Brandenburg korrespondieren“ (Botsch/Schulze 2019, 14).

Mit der vorliegenden Darstellung knüpfen wir in Anlage, Methodik und Fragestellung an die bisher geleisteten Arbeiten an. Auch für die Kommunalwahlen 2024 haben wir eine umfassende Auswertung der Kandidaturen vorgenommen, ergänzt um eine qualitative Untersuchung von AfD-Kommunalwahlprogrammen und einigen weiteren Beobachtungen zum Wahlkampf. Die Ergebnisse stellen wir hier im Sinne eines Zwischenergebnisses der Öffentlichkeit zur Verfügung.

Anders als 2019 erfolgte die Auswertung des Datenmaterials nach der Wahl und kann damit mit den Wahlergeb-

nissen in Beziehung gesetzt werden. Um dem Aspekt der Gelegenheitsstrukturen eigene Aufmerksamkeit zu widmen, werteten wir zudem das Abstimmungsverhalten bei den konstituierenden Sitzungen der Kreistage aus: In welcher Größenordnung errangen AfD-Kandidierende Stimmen bei ihren Bewerbungen um Posten als Parlamentsvorsitzende? Erhoben wurde, ob AfD-Kandidierende nachweisbar auch von Abgeordneten gewählt wurden, die nicht mit dieser Partei verbunden sind. Damit ist die auch für kommunale Ebene viel diskutierte Frage der „Brandmauer“ angesprochen, also der Versuch demokratischer Konkurrenten, nach Möglichkeit auf keiner Ebene Abstimmungen durchzuführen, die auf Absprachen mit der AfD basieren oder voraussetzbar auf deren Zustimmung angewiesen sind. Im kommunalen Rahmen ist es sehr viel schwieriger, auf diesem Wege günstige Gelegenheiten für die AfD einzuschränken. Dies liegt nicht nur an der unterschiedlichen Natur kommunalpolitischer Gremien und den dort im Abstimmungsverfahren zu fallenden Entscheidungen, sondern auch an der Präsenz zahlreicher Akteure, die nicht in die Disziplin bundesweit agierender Parteien eingebunden sind – insbesondere der zahlreichen in Brandenburg existierenden lokalen und regionalen Listenvereinigungen und Wählergemeinschaften.⁶

⁶ Beachtenswert ist in diesem Zusammenhang eine Studie des Wissenschaftszentrums Berlin, für die das kommunale Abstimmungsverhalten in allen Bundesländern von Mitte 2019 bis Mitte 2024 ausgewertet wurde. In 18,8 Prozent der untersuchten Fälle wurden Kooperationen mit der AfD festgestellt.

Kandidaturen

Bei den Kommunalwahlen wurden am 9. Juni 2024 in Brandenburg die Mitglieder von zahlreichen kommunalpolitischen Gremien gewählt. Wahlberechtigt waren rund 2,1 Millionen Menschen. Das Mindestalter für Wählende lag bei 16 Jahren. Am gleichen Tag fanden die Europawahlen statt.

Gewählt wurden die Mitglieder von 14 Kreistagen sowie die Stadtverordnetenversammlungen der vier kreisfreien Städte. Hinzu kamen die Mitglieder von 406 Gemeindevertretungen und Stadtverordnetenversammlungen, eine Verbandsgemeindevertretung, 7 hauptamtliche Bürgermeister:innen, 271 ehrenamtliche Bürgermeister:innen, 344 Ortsvorsteher:innen und 1317 Ortsbeiräte. Insgesamt bewarben sich rund 22.500 Menschen für die rund 6.100 Sitze in den kommunalen Vertretungen (Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung 2024).

Der Landesverband der AfD in Brandenburg mobilisierte seine Mitglieder und in seinem Umfeld, um möglichst flächendeckend bei den Kommunalwahlen anzutreten. Am Jahresbeginn 2024 zählte der Landesverband nach eigenen Angaben rund 2.200 Mitglieder (AfD Brandenburg 2024A). Einer im Auftrag der EJGF durchgeführten Auswertung der Brandenburger Wahlunterlagen zufolge⁷ traten insgesamt 1.134 Personen für die AfD auf kommunaler Ebene an – also annähernd jedes zweite AfD-Mitglied im Bundesland.⁸ Dies ist als ausgesprochen hoher Mobilisierungsgrad zu werten. Auch diejenigen AfD-Aktiven, die ein Landtagsmandat anstrebten, brachten sich größtenteils vorher als Kandidierende auf kommunaler Ebene ein. Aktuell sind 27 der 30 AfD-Landtagsabgeordneten nebenher in Kommunalparlamenten aktiv.⁹

Schon im Vorfeld der Wahlen hatte die Partei die Absicht erklärt, den eigenen „Einfluss ausbauen“ und sich „weiter professionalisieren“ zu wollen (Heimatliebe 2023), allerdings gleichzeitig eingeräumt, personell nicht in der Lage zu sein, diese Ansprüche umzusetzen. „Um flächendeckende

Gezählt wurden ausschließlich direkte Kooperationen mit der AfD, das heißt Fälle, in denen andere Parteien Anträgen der AfD zustimmten. Die „Brandmauer“ bröckele, sei aber auch kommunal „noch lange nicht vollständig eingerissen“. Vor allem ostdeutsche Landkreise seien Vorreiter bei der Kooperation mit der AfD. Parteipolitisch seien es gerade kleinere Parteien, die besonders häufig mit der AfD kooperieren, gefolgt von FDP und CDU. Im Land Brandenburg lag das Abstimmungsverhalten mit einer Kooperationsquote von 18,3 Prozent ungefähr im Bundeschnitt (Schroeder et. al 2025).

⁷ Wir danken Tilo Giesbers für diese Rechercharbeiten.

⁸ Zu beachten: Für die AfD traten in überschaubarer Zahl auch Nicht-Parteimitglieder an.

⁹ Zwei Landtagsabgeordnete waren kommunal angetreten, hatten dort aber keine Mandate gewonnen. Unter den gegenwärtigen AfD-Landtagsabgeordneten enthielt sich lediglich der parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Fraktion, Dennis Hohloch, eines kommunalpolitischen Antritts.

AfD-Politik in allen Städten und Gemeinden einbringen zu können, brauchen wir mehr Mitstreiter“, mahnte die damalige Landesvorsitzende Birgit Bessin bereits 2023 (ebd.).

Nach außen versuchte die Partei im Vorfeld der Kommunalwahlen stellenweise, gerade den Eindruck von besonderer personeller Stärke zu erwecken. In der Uckermark stellte die AfD beispielsweise in einer eigenen Pressemitteilung heraus, dass sie für den dortigen Kreistag gleich 61 Personen aufstelle,¹⁰ was angesichts der Größe des dortigen Kreistags (50 Abgeordnete insgesamt) eigentlich unnötig war (Schulze 2023). Im ganzen Bundesland bewarben sich viele der AfD-Kandidat:innen um mehrere Mandate gleichzeitig: Die 1.134 Personen, die für die AfD antraten, bewarben sich für insgesamt 1.800 kommunale Mandate.

In der Zahl der Kandidaturen spiegelt sich das Wachstum der Partei: Bei den Kommunalwahlen 2019 war die Zahl der Kandidaturen ungefähr halb so hoch gewesen (923). Bei den ersten Kommunalwahlen, zu denen die Brandenburger AfD antrat, hatte sie sich 2014 um lediglich 200 Mandate beworben.

Die männliche Prägung der AfD spiegelte sich auch 2024 in ihrem kommunalen Personaltableau. Unter den 1.134 Kandidat:innen waren 235 Frauen, was einem Anteil von 20,7 Prozent entspricht. Das ist nur eine leichte Veränderung gegenüber 2019, als noch 85 Prozent Männer waren. 2024 waren die AfD-Kandidat:innen zum Zeitpunkt der Wahlen im Mittel 57 Jahre alt. Die jüngste Kandidatin war im Jahr 2005 geboren, der älteste 1939. Fünf Jahre zuvor hatte der Mittelwert noch bei knapp 53 Jahren gelegen. Damit vollzieht die AfD allerdings zunächst noch nicht eine prognostizierte (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2021) fortgesetzte Alterung des Landes nach. Die Bevölkerung in Brandenburg ist vielmehr in den vergangenen fünf Jahren keineswegs weiter gealtert, sondern hat sich vorläufig bei dem relativ hohen Durchschnittswert von etwas über 47 Jahre stabilisiert.

Zur sozialen Zusammensetzung des AfD-Personals lassen sich aufgrund der vorliegenden Daten nur schwer verallgemeinerbare Aussagen treffen. In der Regel sind zu den Kandidat:innen in den Wahlunterlagen Angaben zum Beruf zu finden, die allerdings häufig keinen Hinweis auf den Status der Beschäftigung (selbstständig oder angestellt) enthalten. Oft bleibt auch offen, ob die Angaben sich auf die Ausbildung oder die aktuell tatsächlich ausgeübte Tätigkeit beziehen. Den vorliegenden Angaben zufolge lässt sich immerhin annehmen, dass der größte Anteil auf Personen entfällt, die als Arbeiter, im Agrarsektor, in der Gastronomie, im Baugewerbe oder im Handwerk arbeiten (rund 20 Prozent). Die zweitgrößte Gruppe entfällt auf Ruheständler (18 Prozent), gefolgt von Personen, die im Handel oder anderweitig im Dienstleistungsbereich

¹⁰ Die tatsächliche Zahl lag mit 63 noch etwas höher.

tätig sind (10 Prozent). Als Selbstständige bezeichnen sich 8 Prozent. Gruppen wie Beamt:innen, Verwaltungsangestellte und Beschäftigte im sozialen und im Bildungsbereich scheinen unterrepräsentiert zu sein. Personen in der Ausbildung und Arbeitslose sind kaum zu finden. Menschen, die im Sicherheitsbereich, bei der Polizei oder im Militär tätig sind, machten den vorliegenden Angaben zufolge rund 2,5 Prozent der Kandidierenden aus.

Politisches Vorengagement des AfD-Personals

Wie bei vorigen Brandenburger Kommunalwahlen traten für die AfD auch diesmal in erheblichem Ausmaß Personen an, die auf eine politische Biografie im Rechtsextremismus und dabei teilweise auch in dessen militanten Spektren zurückblicken. Manchmal bleiben die auffindbaren Angaben im Ungefähren. So stößt man etwa auf einen für die AfD gewählten Ortsbeirat im Landkreis Barnim, dessen Name in einem journalistischen Buch 1998 über den Neonazi und Polizistenmörder Kay Diesner erwähnt wird. Bei einem Überfall sei 1991 in Berlin-Lichtenberg ein Mädchen unter Einsatz einer Machete und eines Baseballschlägers durch Diesner und den jetzigen AfD-Abgeordneten erheblich verletzt worden. Ob die fragliche Person für den Angriff gerichtlich verurteilt wurde, ließ sich für uns nicht nachvollziehen (Benedict 1998, 67-71). Derartige Verstrickungen werden in der Partei selbst nicht problematisiert. Gelegentliche öffentliche Debatten nach Bekanntwerden ziehen in der Partei in der Regel keine Konsequenzen nach sich. Dementsprechend gibt es wenige Hindernisse für entsprechendes Personal, die AfD bei Wahlen zu repräsentieren.

Im Folgenden dokumentieren wir einige Beispiele:

- Stefan Broschell, gewählt in die Stadtverordnetenversammlung in Zossen, war in der Vergangenheit verantwortlich für den Literaturversand der militant-neonazistischen und antisemitischen Vereinigung „Artgemeinschaft“, die 2023 verboten wurde. Broschell, der einst als Polizist in Berlin arbeitete, war mit zahlreichen militanten Rechten bekannt, was 2017 in einer Sitzung eines Untersuchungsausschusses des Brandenburger Landtages (UA 6/1 zum Komplex Nationalsozialistischer Untergrund) thematisiert wurde.
- Bettina Golibersuch, gewählt in die Gemeindevertretung in Halbe, inserierte in der zweiten Hälfte der 1990er die Geburt eines Kindes im Rundbrief der „Hilfsgemeinschaft für Nationale politische Gefangene“ (HNG). Diese Gruppierung diente bis zu ihrem Verbot im Jahr 2011 im militanten Rechtsextremismus als Institution, um Unterstützungsleistungen für inhaftierte Neonazis zu organisieren. Ihr Ehemann ist seit den 1980er Jahren als Aktivist im militanten Neonazismus in (West-) Berlin bekannt.

- Sven Kilian, gewählt in die Stadtverordnetenversammlung in Nauen, war Fotodokumentationen zufolge 2017 Teilnehmer einer Neonazikundgebung in Nauen, 2018 Teilnehmer beim Neonazi-Festival „Schild und Schwert“ und 2019 und 2020 Teilnehmer beim rechtsextremen Szenetreff „Ausbruch 60“ in Ungarn. Zusätzlich ist er Betreiber der kleinen Firma „Jahn Spirit“, die sich als „Kleidermarke für Traditionsbewußte“ präsentiert (Jahn Spirit 2024) und ihre Produkte teilweise mithilfe eines Fotomodells, das aus der Neonaziszene bekannt ist, bewirbt.
- Carsten Müller, gewählt in die Stadtverordnetenversammlung in Treuenbrietzen, ist vor allem unter dem Künstlernamen Baal Müller seit vielen Jahren in neuhednischen und völkischen Kreisen aktiv, unter anderem im Zusammenschluss „Orphischer Kreis“.
- Árpád von Nahodyl Neményi, gewählt in die Stadtverordnetenversammlung in Bad Belzig, ist unter dem Namen Geza von Nemenyi als Leitfigur der germanischheidnischen Gruppierung „Germanische Glaubens-Gemeinschaft“ bekannt, die sich auf die 1913 gegründete „Germanische Glaubensgemeinschaft“ um den völkischen und antisemitischen Dichter Ludwig Fahrenkrog beruft. Fahrenkrog verurteilte das Christentum als weisensfremd für Germanen, da es auf dem Judentum aufbaue.
- Carsten Pagel, gewählt in die Stadtverordnetenversammlung in Erkner, war ab 1991 Vorsitzender des rechtsextremen Hoffmann-von-Fallersleben-Bildungswerks.

Des Weiteren haben im kommunalen Personaltableau der AfD erkennbar die Straßenmobilisierungen der vergangenen Jahre Spuren hinterlassen. Auf verschiedene, politisch heterogen zusammengesetzte Proteste nahmen die sich als „Bewegungspartei“ verstehende AfD und andere rechtsextreme Akteure größeren Einfluss, beispielsweise bei den Protestformaten gegen die Pandemie-Schutzmaßnahmen. Etliche Personen, die sich an diesen Mobilisierungen beteiligten und über die keine länger zurückreichende politische Vorgeschichte bekannt ist, haben inzwischen den Weg in die AfD gefunden.

Einige Beispiele:

- Jacqueline Dahlenburg, gewählt in die Stadtverordnetenversammlung in Nauen, war zuvor in der Corona-Protestbewegung als Beiträgerin in Telegram-Kanälen und bei „Montagsdemonstrationen“ in der Region aktiv; unter anderem setzte sie öffentlich den Slogan „Falkensee zeigt Gesicht“ ein, der eine Nähe zu einer verschwörungsideologischen Mobilisierung gleichen Namens suggeriert.¹¹
- Matthias Paul, gewählt in die Stadtverordnetenversammlung in Brandenburg an der Havel, trat zuvor bei

¹¹ Zum Kontext vgl. Mikulla 2022.



Wahlkampf der AfD bei Kloster Lehnin zur Bürgermeisterwahl 2024.

- Aktionen der Corona-Protestinitiative „Brandenburg steht auf“ in Erscheinung.
- Jenny Reichelt, gewählt in die Stadtverordnetenversammlung in Falkensee, trat zuvor als Aktivistin für die Corona-Protestbewegung in Erscheinung, namentlich der verschwörungsideologisch geprägten Gruppe „Freiheitsfalken“. Aktuell ist Reichelt nicht mehr Mitglied der Falkenseer SVV.
- Marko Schmidt, gewählt in die Stadtverordnetenversammlung in Lübben, trat im Jahr 2023 als Mitinitiator der Initiative „Unser Lübben“ in Erscheinung, die Proteste gegen die Einrichtung einer Flüchtlingsunterkunft organisierte und von der AfD Unterstützung erhielt (Schäfer 2024). (Diese Initiative trat zudem selbst mit anderen Personen bei den Kommunalwahlen an und errang drei Mandate.)
- David Schwengber, gewählt in die Gemeindevertretung in Halbe, trat zuvor als „Fürsprecher“ der „parteilosen Mittelstandsinitiative“ in Erscheinung (Mittelstandsinitiative o.J.), die in Südbrandenburg Anfang 2024 unter anderem als Trägerin von Bauern- und Selbstständigenproteste bekannt wurde. (Die Initiative trat zudem selbst bei den Kommunalwahlen in Cottbus und im Landkreis Spree-Neiße an.)
- Björn Winter, war vor der Pandemie unter seinem Künstlernamen Björn Banane als Sänger von Stimmungsliedern und Schlagern aktiv. Sein Engagement in den Coronaprotesten mündeten in eine Annäherung an die AfD und das rechtsextreme Spektrum. Die Brandenburger AfD unterstützte er im Wahlkampf unter anderem als

Sänger bei Parteiveranstaltungen. Er trat in Michendorf für die Gemeindevertretung an, verfehlte aber den Einzug in dieses Gremium.

Wahlkampfauftritte

Insgesamt zählten wir über das Jahr 2024 verteilt 588 Wahlkampfveranstaltungen der AfD im Bundesland. Etwa vier Fünftel davon entfiel auf Infostände (483). Allein im Mai 2024, also im Monat vor den Kommunal- und Europawahlen, richtete die AfD 133 Infostände im Bundesland aus. Hinzu kamen im Kommunal- und Europawahlkampf 30 auf größere Außenwirkung angelegte Aktionen wie Kundgebungen, Demonstrationen und „Frühlingsfeste“. Die meisten Teilnehmenden, rund 250, kamen bei einer Kundgebung am 5. Juni in Oranienburg zusammen, bei der AfD-Bundeschef Tino Chrupalla und der Brandenburger Fraktionschef Christoph Berndt Ansprachen hielten. Eine musikalische Untermalung besorgte der Schlagersänger Björn Banane.¹²

¹² Die Partei erhöhte die Frequenz dieser Auftritte in den folgenden Monaten. Bis zum Landtagswahltermin fanden weitere 75 Kundgebungen, Demonstrationen und Feste statt. Zur Abschlusskundgebung dieses – insgesamt mit deutlich höherem Aufwand betriebenen – Wahlkampfes kamen am 19. September in Cottbus rund 600 Teilnehmende zusammen. Als Hauptredner traten dort Björn Höcke und Christoph Berndt auf.

Programmatik

Im AfD-Programm zur Landtagswahl 2024 – selbstbewusst als „Regierungsprogramm“ überschrieben – bekennt sich die AfD Brandenburg zu „[starken], eigenständige[n] Kommunen, Landkreise[n] und kreisfreie[n] Städten in einem souveränen [sic!] Brandenburg“. Es entspreche ihrem „Ideal von einer freien Gesellschaft“, wenn „grundsätzliche Entscheidungen vor Ort getroffen werden“ (AfD Brandenburg 2024B, 6). An ihre plebiszitäre Grundausrichtung anknüpfend, fordert die AfD unter anderem die „Einführung von direkter Demokratie“ bis hinunter auf die „Ortsteilebene“ (ebd., 7). Insbesondere sollen die Kommunen künftig „selbst festlegen können, wie viele Asylsuchende sie bei sich unterbringen“. Dabei seien „Anwohner“ – ein nicht eingegrenzter Begriff – frühzeitig in Planungen einzubeziehen und sollten über eine Unterbringung mitentscheiden dürfen (ebd., 32). An anderen Stellen fordert das Landtagswahlprogramm einen stärkeren „Steuerwettbewerb“ der Gemeinden und Kommunen (ebd., 16) oder Freiheiten bei der Planung von Wohn- und Gewerbegebieten (ebd., 51). Wichtigstes Instrument für ein stärkeres „Mitspracherecht unserer Städte und Gemeinden“ bleibt die bereits früher geforderte „Kommunalkammer“ (ebd., 47f.), wobei eine Auseinandersetzung mit den teils erheblichen, erfahrungsgesättigten Einwänden gegen einen derartigen weiteren Ve-

tospieler im Mehrebenen-System der Politik anscheinend immer noch nicht stattgefunden hat (vgl. Botsch/Schulze 2019, 12). Bezüglich der kommunalen Finanzen fordert die AfD die Änderung des Kommunalabgabengesetzes und eine Neuordnung des Finanzausgleichs (AfD Brandenburg 2024B, 47f.; 65).

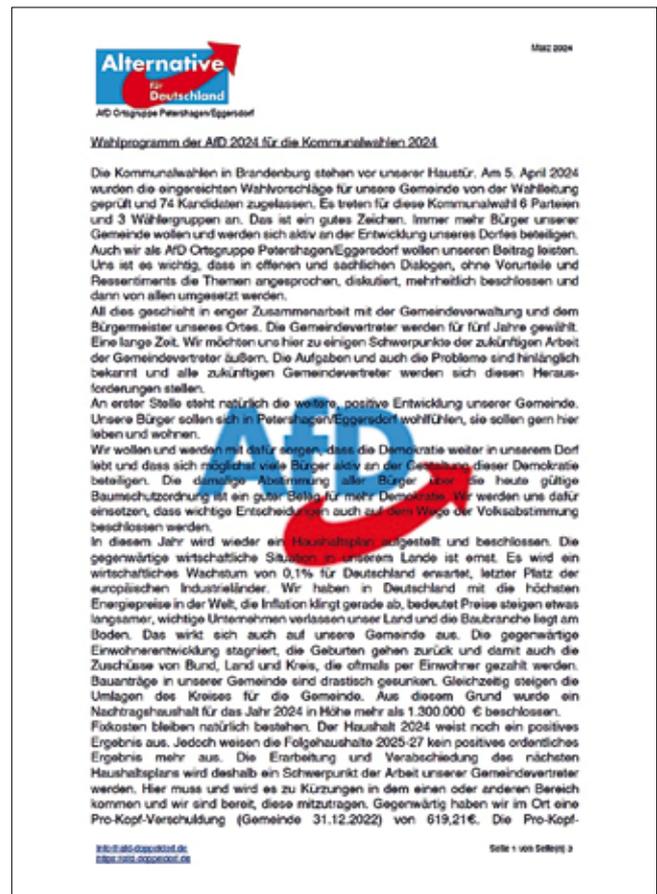
In der Präambel zum Punkt 13 des Landtagswahl-Programmes „Zukunft für den ländlichen Raum: Gute Politik beginnt in den Kommunen“, ebenso wie in einem Unterpunkt über gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen, mobilisiert die AfD Ressentiments gegen das Nachbarland Berlin und sogar gegen den in Brandenburg gelegenen, so genannten engeren Verflechtungsraum (vulgo: „Speckgürtel“) rund um Berlin: „Wir setzen uns dafür ein, dass die Landbevölkerung eine attraktive Heimat vorfindet, denn Brandenburg ist nicht der Vorgarten von Berlin“. Dabei moniert die AfD einerseits die „negativen demografischen Entwicklungen“, fürchtet aber andererseits eine „zu starke Verdichtung mit all ihre negativen Folgen für Verkehrsaufkommen, Lebensqualität, Lebenshaltungskosten usw.“ (ebd., 47). Tritt sie staatlich geregelten Eingriffen zum Ausgleich von Ungleichheiten zumeist skeptisch entgegen, zum Beispiel in der Sozial- und Gesundheitspolitik, so fordert die AfD mit Blick auf den ländlichen Raum von „der Politik“ nicht nur einen „Ausgleich“, sondern auch, „Ungleichheiten der Lebensverhältnisse zu beseitigen“ (ebd., 47). Populistisch



Zur Kommunalwahl richtete die AfD eigene Demonstrationen aus: Luckenwalde im Juni 2024.



Am Rande einer Kandidatenvorstellung der AfD in Cottbus im April 2024.



Kommunalwahlprogramme aus dem Brandenburger Wahlkampf 2024.

geprägt sind ihre Forderungen zur „Altanschließer-Problematik“ und zu Straßenbau- und –erschließungsbeiträgen, zwei landespolitische Themen mit hohem Erregungspotenzial. Hier tritt die AfD als Anwalt „der kleinen Leute“ auf, wenn sie zum Beispiel die Kostenübernahme für Neu- und Ausbau kommunaler Straßen vollständig dem Land übertragen will (ebd., 48). Für die Lausitz, einer in Transformation befindlichen Region in Brandenburg, in der die AfD besonders hohe Zustimmung genießt, fordert sie eine „Stärkung“, ohne dies – jenseits von vage angekündigten Infrastrukturmaßnahmen – zu konkretisieren. Ihre Hauptargumentation richtet sich in diesem Punkt gegen eine – nach dem Wortlaut des Programms – „vollkommen einseitig ausgerichtete Fokussierung auf rein klimaideologische Maßnahmen“ im Rahmen einer angeblich „gründominierten Prioritätenliste“. Unbeeindruckt von sachlich schwerwiegenden Einwänden erneuert sie die Forderung nach Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen (ebd., 24, teils fast wortgleich auch 51f.).

Wie für die Vorläuferstudie 2019 haben wir auch 2024 gezielt Wahlprogramme auf der kommunalen Ebene dokumentiert. Zwölf programmatische Dokumente wurden von uns ausgewertet: die Programme für die vier kreisfreien Städte (AfD Brandenburg an der Havel 2024, AfD Cottbus 2024, AfD Frankfurt [Oder] 2024, AfD Potsdam 2024), für zwei Landkreise (AfD Havelland 2024, AfD Teltow-Fläming 2024), sowie Programme für sechs Städte und Gemeinden

(AfD Falkensee 2024, AfD Oranienburg 2024, AfD Petershagen/Eggersdorf 2024, AfD Rathenow 2024, AfD Rüdersdorf 2024, AfD Zehdenick 2024).

Die Programme zeichnen sich optisch keinesfalls durch eine „einheitliche Handschrift“ aus. Manche sind durchlayoutet entsprechend den stilistischen Vorgaben des Corporate Designs der Bundes-AfD (AfD o.J.) (Potsdam, Cottbus, Teltow-Fläming), andere haben die Form einfacher Textdokumente, weitere erscheinen nur als Online-Content auf den jeweiligen Webseiten. Inhaltliche Übereinstimmungen, die für eine koordinierte Kommunalpolitik der Partei sprechen würden, lassen sich nicht erkennen. Nicht nur Layout und Format, sondern auch die Art der Darstellung, der Umfang und die Gliederung sowie die Qualität der Texte (auch mit Blick auf Orthografie und Rechtschreibung) variieren.

Diese Uneinheitlichkeit erschwert zugleich die Auswertung. Wir haben die in den Programmen angesprochenen Themenkomplexe vage verschiedenen Themenfeldern zugeordnet. Dabei zeigt sich folgendes Bild: Die Programme beschäftigen sich in aller Regel mit den Themen Innere Sicherheit/ Recht, mit Einwanderung/ Asyl/ Abschiebung, mit Familie/ Bildung/ Wissenschaft/ Forschung und häufig auch mit Verkehr/ Infrastruktur/ Bauen und Wohnen. Viele Programme verzichten darauf, sich zu den Themen Arbeit/ Soziales, Gesundheit/ Pflege/ Sport, Umwelt-/ Natur-/ Tier-



Kundgebung im Juni 2024 in Oranienburg.

schutz zu äußern. Uneinheitlich ist das Bild in den Themenfeldern Wirtschaft/ Mittelstand, Landwirtschaft/ Verbraucherschutz, Klima/ Energie, Kultur/ Denkmalschutz sowie Finanzen/ Verwaltung/ Digitalisierung/ Datenschutz. In seltenen Fällen tauchen weitere Forderungen auf, die sich aus der Situation der jeweiligen Kommune ergeben, zum Beispiel im Bereich der Tourismusförderung.

Wichtigster gemeinsamer Programmpunkt der Kommunalprogramme dürften die migrations- und asylpolitischen Forderungen sein. Generell verlangen die AfD-Programme die Umorientierung von einer Willkommens- zu einer „Abschiebekultur“ (AfD Rathenow 2024, Punkt 5), wozu sie die Abschaffung von personellen und finanziellen Ressourcen zur Unterstützung von Integration zählen. Die Potsdamer AfD fordert sogar einen „Remigrationsbeauftragten“ (AfD Potsdam 2024, Punkt 4). Viele Programme fordern den Wechsel von Geld- zu Sachleistungen für Geflüchtete. Oft wird ein Zusammenhang zwischen Wohnungsangebot und Geflüchteten hergestellt.

Die meisten Programme formulieren zudem Forderungen zum Problemkomplex Innere Sicherheit und Polizei. Eine häufiger auftretende Idee ist die Verlagerung von Aufgaben der Mitarbeiter:innen von Ordnungsämtern hin zu häufigerem Einsatz auf den Straßen, wie es etwa für Oranienburg, Potsdam und Zehdenick gefordert wird. In den grenznah gelegenen Großstädten Cottbus und Frankfurt (Oder) will die AfD eine „Stadtpolizei“ einrichten. Dies entspricht einer Forderung im Landtags-Wahlprogramm (AfD Brandenburg 2024B, 27), in dem ein solches Vorhaben ebenfalls als „Pilotprojekt“ vorgestellt wird. Geht das

„Regierungsprogramm“ noch davon aus, dass diese Kräfte über keine Schusswaffen verfügen sollen, so formuliert die AfD in Frankfurt (Oder) drastischer: „Als Bewaffnung sollen Schlagstock, Reizstoffsprühgeräte und Elektroimpulsgeräte als Notwehrwaffe zur Selbstverteidigung eingeführt werden“. Schusswaffen blieben demgegenüber der Landespolizei vorbehalten – zumindest, wie es explizit heißt, „vorerst“. 18 Mitarbeiter sollen eine „Ausbildung auf dem Niveau eines Polizeibeamten des mittleren Dienstes“ erhalten, ferner eine Polizeiuniform, Polizeiausrüstung mit Aufschrift „Stadtpolizei“ und Streifenkraftfahrzeuge wie die der Landespolizei (AfD Frankfurt [Oder] 2024, Punkt 3). Wird die Forderung nach einer Entlastung der Landespolizeibehörden durch die Ordnungsämter durchaus auch von demokratischen Parteien, Sicherheitsexpert:innen oder Interessenvertretungen der Beschäftigten erhoben, so lässt sich erahnen, dass ein solches Instrument in der Verantwortung einer AfD-geführten Stadtverwaltung die Gefahr von diskriminierenden Wirkungen und einer Verschlechterung des Sicherheitsgefühls gesellschaftlicher Minderheiten zur Folge haben können. Die Landespolitik ist hier gefordert, schon im Vorfeld einem missbräuchlichen Einsatz vorzubeugen.

Der Einsatz der Ordnungsämter „als Exekutive“ (AfD Oranienburg 2024, Punkt 3.3) wird durch die AfD mit Sicherheitslücken, aber selten mit einer Aufgabenentlastung für die Landespolizei in Verbindung gebracht. Mehrere Programme werfen den Ordnungsämtern vor, sich zu sehr auf Strafzettelverteilung zu konzentrieren, was die jeweiligen Autor:innen offenbar besonders provoziert.

Die AfD tritt hier – wie in anderen Programmpunkten – entschieden als „Autofahrerpartei“ und Verteidigerin des Individualverkehrs auf. Parkraumbewirtschaftung, die in Potsdam nach Wunsch der AfD ganz abgeschafft werden soll, empfinden ihre Kommunalpolitiker:innen – ähnlich wie Geschwindigkeitskontrollen – als Maßnahmen zur „Haushaltssanierung“ (AfD Oranienburg 2024, Punkt 2.2) oder gar „Abzocke“ (AfD Rüdersdorf 2024, Punkt 4; AfD Brandenburg an der Havel 2024). Andernorts fordert die Partei die Senkung oder Abschaffung von Parkgebühren, Neubau von Parkplätzen und Park&Ride-Angeboten (z. B. AfD Cottbus 2024, AfD Oranienburg 2024 und AfD Zehdenick 2024) sowie Ausnahmeregelungen wie beispielsweise dreistündiges kostenfreies Parken und Handwerkerparkausweise (AfD Potsdam 2024) oder eine „Brötchentaste“ (Brandenburg an der Havel 2024). Mag es sich dabei um diskutable, entsprechend den örtlichen Gegebenheiten auch sinnvolle Einzelforderungen handeln, so lässt sich doch eine allgemeine Tendenz zur Stärkung des Individualverkehrs feststellen, die in Brandenburg an der Havel explizit unter der Überschrift „Freie Fahrt für freie Bürger“ steht. Sie korrespondiert mit Forderungen zum Straßenausbau, der Ablehnung von Radwegen oder zumindest des Primats eines reibungslosen fließenden Autoverkehrs gegenüber Fahrrädern und öffentlichem Personennahverkehr (ÖPNV). Hier zeigt sich eine paradoxe Situation. In der Forschung wird im Rahmen sozioökonomischer und soziodemografischer Erklärungsansätze vermutet, dass mangelhafte Infrastruktur ein begünstigender Einflussfaktor für die Wahl rechtsradikaler Parteien sei. Ein klassischer Indikator ist der mangelhafte oder fehlende Busverkehr. Tatsächlich finden sich Forderungen nach dessen Ausbau auch im Landtags-Wahlprogramm der AfD und in einigen Kommunalprogrammen, die teilweise auch Rufbusse vorschlagen. Busse werden indes vor allem als Verkehrsmittel für Schüler:innen und Senior:innen beschrieben. Dabei lässt sich ein Vorbehalt ahnen, der zum Beispiel in einem Passus des Landtags-Wahlprogramms zum Ausdruck kommt. Buslinien anstelle von Bahnlinien werden hier kritisiert – weder aus Umwelt- und Klimaschutzgründen, noch im Vergleich der Wirtschaftlichkeit beider Transportmittel, sondern ausschließlich mit Blick auf die Kostenverteilung zwischen Bund, Land und Kommunen.¹³

Auf einer ähnlichen Linie liegt die geforderte Abkehr von alternativen Energien, die sich in vielen Programmen in der Forderung nach Beendigung oder Einschränkung des Ausbaus beziehungsweise der Subventionierung von Photovoltaik und Windkraft niederschlagen. Generell ist dieses Thema nicht nur ein sachlich diskutierter kommunaler Streitpunkt – gerade Windkraft bleibt in der Brandenburger Bevölkerung hoch umstritten –, sondern verspricht auch Erregungspotenzial weit über die Betroffenen hinaus. Dies dürfte erklären, warum es in den Einzelprogrammen einen so herausgehobenen Stellenwert hat. Auch das Heizkraftgesetz und die kommunale Wärmeplanung werden in diesem Sinne thematisiert. Die aggressive und ideologisierte Herangehensweise an die Themen Umweltschutz und Klimapolitik lässt sich besonders im ausführlichen Potsdamer Kommunalprogramm erkennen. Sie gipfelt in der – polemisch auf das weltweit führende und renommierte Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung der Universität Potsdam (PIK) zielenden – Forderung, ein „bundesweit ausstrahlendes ‚Potsdamer Institut für Klimapolitikfolgen‘ einzurichten, um die „ökosozialistischen Politikfolgen der letzten Landes- und Bundesregierungen wissenschaftlich aufzuarbeiten“ (AfD Potsdam 2024, Punkt 27).

Erstaunlich wenig Interesse bringt die Brandenburger AfD-Kommunalpolitik existenziell bewegenden Themen für die hiesige Bevölkerung entgegen. Häufig verzichten die Programme auf eine Thematisierung der Felder Gesundheit und Soziales oder Wirtschaft und Mittelstand. Sofern sie angesprochen werden, zeigt die Partei wenig Profil. Sie tritt als Bündnispartnerin des gewerblichen und handwerklichen, vereinzelt auch bäuerlichen Mittelstands auf, ohne dass deutlich würde, was sie über die generische Befürwortung von „Bürokratieabbau“ und Förderversprechen hinaus anbieten möchte. Ein ähnliches Bild bietet sich bezüglich der Bildungs- und Jugendpolitik auf kommunaler Ebene, bei der Vereinsförderung, Kultur und bei der Denkmalpflege. Oftmals rahmen diese Programmpunkte eher solche, welche auf Ressentiment und Vorurteil zielen. Die Frankfurter AfD erhebt zum Beispiel lediglich zwei gesundheitspolitische Forderungen: eine medizinische Fakultät an der Viadrina – die sehr teuer wäre und keiner realistischen Bedarfsplanung entspricht –, sowie die Abschaffung der Gesundheitskarte für Asylbewerber und Flüchtlinge (AfD Frankfurt [Oder] 2024, Punkt 03). Erwarten vereinzelt Programme von der Politik eine bessere medizinische und Pflege-Versorgung, so äußert sich die AfD nicht dazu, wie sie dies angesichts des inländischen Fachkräftemangels mit ihrer Ablehnung von Zuwanderung und Integration vereinbart. Erschwerend kommen in diesem Bereich Forderungen des Landtags-Wahlprogrammes hinzu, wenn etwa die „[g]enaue Prüfung ausländischer medizinischer Abschluss- und Arbeitszeugnisse“ (AfD Brandenburg 2024B, 21) in einer Weise gefordert wird, die grundsätzliches Misstrauen evoziert; die Forderung nach „Studiengebühren für Drittstaatler“ begrenzt ebenfalls Anreize im internationalen

¹³ Wenn beispielsweise der Historiker Volker Weiß herausstellt, dass durch die Wahl der AfD „im Osten keine neuen Buslinien hinzukommen werden“ (Schulz/Soltau 2025), so ist das für die AfD-Klientel vielleicht letztlich kein entscheidender Punkt. So berichtete der Berliner Tagesspiegel über einen Wähler der AfD in der Gemeinde Jämlitz-Klein Düben im südlichen Brandenburg – in der die Partei bei der Bundestagswahl ein Rekordergebnis erzielen konnte – folgende Episode: „Viel zu oft würde der Bus kommen, sagt der Mann, fast immer sei er leer, ‚was das alles kostet‘. Dann geht es darum, dass Benzin immer teurer werde“ (Geiler 2025).

Wettbewerb um Fachkräfte (AfD Brandenburg 2024B, 45). Auch in anderen Programmen dient die Thematisierung bildungspolitischer Aspekte häufig weniger der Problemlösung, als vielmehr der Bestätigung von Ressentiments gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund. Gerade in diesem Feld sind auch andere Ressentiments präsent. Die Cottbuser AfD fordert beispielsweise die Rückkehr zu Förderschulen und erklärt paradigmatisch: „Die Inklusion ist gescheitert!“ (AfD Cottbus 2024, 7). AfD-Kommunalwahlprogramme polemisieren und polarisieren erwartungsgemäß im Feld der Geschlechterbeziehungen – unter Mobilisierung des Reizworts „gendern“ beziehungsweise „Gender-Sprache“ –, gegen „Frühsexualisierung (AfD Frankfurt [Oder] 2024; AfD Potsdam 2024) oder fordern: „keine ‚Aufklärung‘ über die ‚Vielfalt der Geschlechter‘ und aller denkbaren ‚sexuellen Orientierungen‘ in Kindergärten und Schulen“ (AfD Havelland 2024, Punkt VI).

Der Wunsch, selbst von Kontrolle und Strafe, finanziellen und anderweitigen Belastungen nicht belästigt zu werden – wie er beispielsweise im Zorn über „Abzocke“ von Autofahrer:innen zum Ausdruck kommt – steht in scharfem Kontrast zum Ruf nach hartem Durchgreifen und rigiden freiheitseinschränkenden Maßnahmen zu Ungunsten jener, die in den Augen der AfD-Anhänger:innen von der Norm abweichen.

Wahlergebnisse

Bei den Kommunalwahlen haben 66,0 Prozent der wahlberechtigten Brandenburger:innen gewählt. Damit setzte sich der Trend zu einer stärkeren Wahlbeteiligung fort: bei den Kommunalwahlen 2019 hatte die Beteiligung noch bei 58,6 Prozent und im Jahr 2014 bei 46,3 Prozent gelegen.

In der Summe der Wahlen zu den Kreistagen der Landkreise und den Stadtverordnetenversammlungen der kreisfreien Städte, wurde die AfD deutlich stärkste Kraft:

– AfD	25,7 Prozent (+9,8 im Vergleich zu 2019),
– CDU	19,3 Prozent (+1,0),
– SPD	16,6 Prozent (-1,1),
– Linke	7,8 Prozent (-6,3),
– Grüne	6,7 Prozent (-4,4),
– FDP	3,2 Prozent (-1,7),
– Sonstige	19,8 Prozent (-3,6).

Die AfD erhielt in 13 der 14 Landkreise und in drei der vier kreisfreien Städte die meisten Stimmen. Ausnahmen waren die Landeshauptstadt Potsdam, wo die SPD gewann und der Landkreis Potsdam-Mittelmark, wo die CDU vorne lag. Im Landkreis Spree-Neiße wurde mit 38,2 Prozent das höchste AfD-Wahlergebnis verzeichnet, gefolgt von Oberspreewald-Lausitz (31,8) und der Uckermark (31,1). Am schwächsten schnitt die AfD in Potsdam (13,7), Potsdam-Mittelmark (19,2) und Teltow-Fläming (23,6) ab. Insgesamt entfielen

1.051.000 Stimmen auf die AfD (jeweils bis zu drei Stimmen konnten die Wahlberechtigten vergeben).

Bei den am gleichen Tag stattfindenden Europawahlen erzielte die AfD auf Bundesebene 15,0 Prozent der Stimmen und landete damit hinter der CDU (30,0 Prozent) und vor der SPD (13,9 Prozent) auf dem zweiten Platz. In Brandenburg landete die AfD analog zu den kommunalen Ergebnissen mit 27,5 Prozent deutlich auf dem ersten Platz, gefolgt von CDU (18,4 Prozent) und dem Bündnis Sarah Wagenknecht (BSW, 13,8 Prozent). In dem Ergebnis spiegelte sich das Abstimmungsverhalten in den Ost-Bundesländern und Ost-Berlin (AfD 28,7 Prozent, CDU 20,1 Prozent, BSW 14,0 Prozent).

Mit ihrem Ergebnis bei den Brandenburger Kommunalwahlen errang die AfD 248 der insgesamt 942 Mandate in den Kreistagen beziehungsweise den Stadtverordnetenversammlungen der kreisfreien Städte. Dies ist eine deutliche Steigerung gegenüber den 153 Mandaten, die die Partei 2019 gewonnen hatte.

Insgesamt entsteht der Eindruck von personeller Diskontinuität. Nur 41 Prozent der 2019 gewählten AfD-Kreisabgeordneten sind auch in den neuen Kreisparlamenten vertreten (63 von 153). Drei Viertel der 2024 gewählten Kreistagsabgeordneten hatten in der vorigen Legislatur kein vergleichbares Mandat (185 von 248). Inwieweit es der AfD gelang, einen kommunalpolitischen Erfahrungsschatz über personelle Kontinuität weiterzugeben, unterscheidet sich dabei von Gremium zu Gremium erheblich. Im Landkreis Dahme-Spreewald ist nur ein einziger der insgesamt zehn 2019 gewählten Kreistagsabgeordneten in der neuen, vierzehnköpfigen Fraktion vertreten. Im Landkreis Spree-Neiße hingegen sind 10 von 13 der 2019 gewählten Abgeordneten auch in der neuen, 19-köpfigen Fraktion vertreten.

Berücksichtigt man nicht nur die Kreisebene, sondern alle kommunalen Gremien, dann liegt die Zahl der Mandate, die die AfD gewonnen hat, bei insgesamt 1.042:

- 248 in Kreistagen und den Stadtverordnetenversammlungen der kreisfreien Städte,
- 4 in der Sonderform der Verbandsgemeindeversammlung in Liebenwerda,
- 668 in den Stadtverordnetenversammlungen kreisangehöriger Städte und in Gemeindevertretungen,
- 122 in Ortsbeiräten.

Die AfD erzielte bei etlichen der Wahlen so hohe Ergebnisse, dass sie Ansprüche auf mehr Mandate hatte, als sie Personen zur Wahl hatte antreten lassen. Insgesamt hätten der AfD 1.137 Mandate zugestanden. 95 davon blieben mangels Personal unbesetzt: 82 Mandate in Gemeindevertretungen und Stadtverordnetenversammlungen, 10 in Ortsbeiräten und 3 in der Verbandsgemeindeversammlung. Diese „Ausfallquote“ von rund acht Prozent muss als eher hoch bewertet werden: Die Brandenburger AfD ist nur bedingt in der Lage, den elektoralen Zuspruch,



Kundgebung im April 2024 in Falkenberg (Mark).

den sie genießt, personell zu unterfüttern.¹⁴ Weitere 50 AfD-Mandate standen zur Disposition, weil Gewählte für das Mandat (meist aufgrund von Mandatsverzicht oder durch Niederlegung nach der Wahl) nicht zur Verfügung standen – der Großteil hiervon konnte jedoch durch Nachrücker:innen ausgeglichen werden.

Die aktuellen AfD-Mandate verteilen sich auf insgesamt 766 Personen. Davon sind 614 Männer und 152 Frauen (19,8 Prozent). Auf der höheren politischen Ebene der Kreistage ist das Missverhältnis noch einmal etwas ausgeprägter: nur 39 der 248 Mandatsträger:innen sind Frauen (15,7 Prozent).¹⁵ Die ohnehin vorhandene Geschlechterdisparität in der brandenburgischen Kommunalpolitik – auf Kreisebene lag der Frauenanteil 2021 insgesamt bei 28 Prozent (Obinger/Bonk 2022, 73) – wird somit durch die AfD verstärkt. Die AfD-Abgeordneten sind im Mittelwert im Jahr 1969 geboren und waren somit im Mittel zum Zeitpunkt der Wahl rund 55 Jahre alt.

¹⁴ Die AfD hatte nach den Wahlen eingeräumt, Mandate unbesetzt lassen zu müssen. Allerdings lagen die Angaben der Partei unter der Auszählung, die im Auftrag des MMZ durchgeführt wurde – und zwar sowohl in Hinsicht auf die Zahl der gewonnenen Mandate als auch auf die Zahl der offen gebliebenen Mandate. Die Rede war AfD-seitig von 861 Mandaten, von denen 41 unbesetzt geblieben seien (Antenne Brandenburg 2024).

¹⁵ Auf der höchsten politischen Ebenen im Bundesland, dem Landtag, setzt sich dieser Trend fort. Die aktuelle AfD-Landtagsfraktion besteht aus 27 Männern und 3 Frauen, was einem Frauenanteil von 10 Prozent entspricht.

Abstimmungen bei Kreistagskonstituierungen

In den Wochen nach den Kommunalwahlen konstituierten sich die neuen Kreistage sowie die Stadtverordnetenversammlungen der kreisfreien Städte. Bei diesen Sitzungen wurden die Kreistagsvorsitzenden und deren Stellvertretungen gewählt. Schon diese ersten kommunalpolitischen Ereignisse nach den Wahlen unterstrichen, dass es in diesen Parlamenten in der Zukunft Zuspruch für die AfD geben kann, der über die Stärke der Partei selbst hinausreicht. In 11 der 18 Parlamente kandidierten AfD-Abgeordnete für den Parlamentsvorsitz – in keinem einzigen dieser Fälle setzte sich die Partei durch. Bis auf zwei Ausnahmen vereinten die AfD-Kandidierenden dabei jedoch mehr Stimmen auf sich, als sie selbst Abgeordnete hatte: insgesamt 182 Stimmen bei nur 164 AfD-Abgeordneten in den fraglichen Parlamenten.

In den nachgeordneten Abstimmungen um die stellvertretenden Vorsitzenden erhöhte sich die Zahl der Stimmen für die AfD: 257 Stimmen vereinigte die Partei auf sich, bei nur 185 Mandaten in den 13 Parlamenten, in denen die Partei für diesen Posten antrat. In zwei Landkreisen (im Barnim und in Potsdam-Mittelmark) gewann die AfD diese Abstimmungen. Der AfD-Kandidat Marlon Deter kam hierbei in Potsdam-Mittelmark im zweiten Wahlgang auf 30 von 55 abgegebenen Stimmen, obwohl die dortige AfD-Fraktion aus lediglich 11 Abgeordneten besteht.

Bei den Abstimmungen um die zweiten Stellvertreter der Kreistagsvorsitzenden errang die AfD 305 Stimmen bei



Deutschlandflagge zur Abschottung einer Kundgebung im Juni 2024 in Oranienburg.

181 AfD-Abgeordneten in den 13 Parlamenten, wo sie für diesen Posten antrat. In vier Landkreisen gewann die AfD die Abstimmungen. Auf den AfD-Kandidaten Oliver Calov entfielen im Landkreis Dahme-Spreewald 25 der 53 abgegebenen Stimmen, obwohl die dortige AfD-Fraktion aus nur 14 Mandaten besteht. Auf den AfD-Kandidaten Rainer Galla entfielen im Landkreis Oder-Spree 35 von 56 abgegebenen Stimmen bei einer 17-köpfigen AfD-Fraktion.

Eine Auswertung der konstituierenden Kreistagsitzungen ergibt somit ein ambivalentes Bild. Trotz starker AfD-Fraktionen versuchte die Partei keineswegs flächendeckend, Ansprüche auf Vorsitzenden-Posten zu erheben. Wo sie es doch tat, scheiterte sie. Allerdings zeigte sich auch, dass eine relevante Zahl von Abgeordneten gibt, die nicht zur AfD gehören, eine Stimmabgabe für diese aber nicht prinzipiell ablehnen. Ausgeprägter war dies eher bei den nachgeordneten Wahlen zu den stellvertretenden oder zweiten stellvertretenden Vorsitzenden festzustellen, also bei Posten, die keinen hohen Einfluss versprechen und für die die AfD eher wenig profilierte und eher nicht polarisierende Abgeordnete aufstellte. In der Uckermark hatte der vergleichsweise bekannte AfD-Kreisverbandsvorsitzende Felix Teichner bei seiner Kandidatur mit 17 von 51 Stimmen keine Chance bei der Wahl zum Kreistagsvorsitzenden, während sein weniger bekannter Parteikollege Jörg Rakow mit 33 von 51 Stimmen die Wahl zum zweiten stellvertretenden Vorsitzenden klar gewann.

In den Diskussionen um die Existenz, den Charakter und die Aufrechterhaltung einer „Brandmauer“ gegen die AfD setzten diese Abstimmungen gleichwohl Signale. Angesichts von 25 Stimmen für die AfD bei nur 12 anwesenden AfD-Abgeordneten im Landkreis Barnim wurden Mutmaßungen über Absprachen zwischen der CDU und der AfD verlautbart, die für erhebliche Unruhe sorgten. Die CDU bestritt diese Vorwürfe vehement (Pettelkau 2024). In Brandenburg an der Havel wurde von Abgeordneten der SPD und der Grünen eine Kooperation zwischen AfD und CDU vermutet. Die CDU-Fraktionsvorsitzende wies dies zurück: „Für mich geht es nur darum, wie der Bürger gewählt hat.

Wir wollen Stadtpolitik betreiben und nach vorn schauen“ (Großmann 2024). In Cottbus hingegen bekannte der CDU-Fraktionschef unumwunden: „Im Lokalen gibt es die Brandmauer nicht“ (Kompalla 2024).

Fazit

Der Kommunalpolitik wird von der Brandenburger AfD eine große Wichtigkeit zugewiesen. Dies illustriert sich im hohen Mobilisierungsgrad der Partei vor den Kommunalwahlen 2024: Ein hoher Anteil der gesamten Mitgliedschaft wurde zu Wahlantritten bewegt. Der zwar wachsenden aber weiterhin überschaubaren Mitgliederzahl landesweit zum Trotz konnte die Partei so einen geografisch das Land weitgehend abdeckenden Wahlantritt realisieren. Im kommunalpolitischen Personaltableau der AfD ist eine nicht zu ignorierende Anzahl von Aktiven zu finden, die eine politische Vorbildografie im Rechtsextremismus vorweisen, die bis in die Zeit vor der Parteigründung datiert. Auch aus den Protestbewegungen der vergangenen Jahre konnte die AfD etliche Personen für ein Parteiengagement gewinnen.

Der kommunale Wahlkampf und der folgende Wahlkampf zur Landtagswahl wurde von der AfD massiv anhand von Plakatierungen, aber auch mithilfe von Infoständen, Saalveranstaltungen, Festen und Kundgebungen bestritten. Im Zuge der Wahlkämpfe stiegen politisch motivierte Straftaten an (RBB24 2024).

Der gewachsene Zuspruch für die AfD im Bundesland reflektierte sich in den kommunalen Wahlergebnissen. Die AfD steigerte ihre Wahlergebnisse signifikant und analog wuchs die Zahl ihrer kommunalpolitischen Mandate auf insgesamt 1.042 an. Die Partei errang 248 der insgesamt 942 Mandate in den Landkreisen und den kreisfreien Städten; bei den vorigen Kommunalwahlen hatte dieser Wert noch bei 153 gelegen.

Im Verlauf der Wahlperiode von 2019 bis 2024 hatte die AfD eine relativ hohe Zahl von Abgeordneten durch Austritte und ähnliches verloren; eine Größenordnung, die die Anfälligkeit der Partei für interne Streitigkeiten illustriert. Auch gelang es ihr aktuell nur beschränkt, die Personen, die zuvor kommunalpolitische Erfahrungen gesammelt hatten, in ihren Reihen zu halten. Nur 41 Prozent der 2019 gewählten AfD-Kreisabgeordneten sind auch in den neuen Kreisparlamenten vertreten. Nach bisherigem Kenntnisstand ist der AfD in Brandenburg qualitativ für ihre kommunalpolitische Sacharbeit ein durchwachsendes Zeugnis auszustellen. Wie sich die Performance in der neuen Wahlperiode entwickeln wird, bleibt abzuwarten. Bei gleichbleibend hohem Mobilisierungsgrad der Partei, einer überschaubaren personellen Kontinuität und weiterhin unterentwickelten parteinahen Qualifizierungsangeboten läge eine Stagnation der Sacharbeitsqualität nahe. Eine Analyse der kommunalpolitischen Programmschriften aus dem Wahlkampf 2024 (inklusive der kommunalpolitisch relevanten Abschnitte

im Landtagswahlprogramm) unterstreicht das Bild eines gering koordinierten, unscharfen und systematisch problematischen Stils der Kommunalpolitik: Eine Professionalisierung der Parteilarbeit – die von führenden Politiker:innen der Brandenburger AfD seit langem selbst eingefordert wird – ist bisher ausgeblieben. Aber: Aus der deutlich angewachsenen quantitativen kommunalpolitischen Präsenz der Partei können sich durchaus Potenziale ergeben, mithilfe derer Qualifizierungsschritte initiiert werden könnten. Ohne Zweifel sind durch die starken Wahlergebnisse die Möglichkeiten der AfD gestiegen, auch auf der Ebene der Kommunen politischen Druck aufzubauen. Mit Siegen der AfD bei künftigen kommunalen Wahlen wie Landrats- oder Bürgermeisterwahlen ist zu rechnen.

Die Abstimmungen bei den Wahlen zu den Kreistagsvorsitzenden bei den konstituierenden Sitzungen zeigten, dass

die AfD bislang auf diesen Ebenen nicht mehrheitsfähig ist: Sie errang keinen dieser Vorstandsposten, obwohl sie über starke Fraktionen verfügt. Allerdings zeigte sich, dass die AfD-Kandidierenden bei diesen Abstimmungen regelmäßig auch Stimmen anderer Abgeordneter erhielten – teilweise in relevanter Größenordnung.

Auch zur bisherigen kommunalpolitischen Arbeit der AfD gibt es Forschungsdesiderate. Zudem wird es gelten, die gegenwärtige und künftige kommunalpolitische Arbeit der AfD forschend zu begleiten: In Hinsicht auf die Entwicklung der politischen Gelegenheitsstrukturen, der Gestalt und dem Wandel der politischen Kultur im Land, aber auch hinsichtlich der „internen“ Faktoren; ob und wie es der AfD also gelingt, ihre Kommunalpolitik zu verstetigen, zu gestalten und zu qualifizieren.

Gideon Botsch und Christoph Schulze

Literatur und Quellen

- AfD (o.J.): Unser Erscheinungsbild, <https://www.afd.de/erscheinungsbild/>.
- AfD Brandenburg (2024A): Presseinformation, 03.01.2024, <https://mailchi.mp/54c23aa030a8/14823776-17614353?e=c8c2effa09>.
- AfD Brandenburg (2024B): Regierungsprogramm für Brandenburg, 13.04.2024, Jüterbog.
- AfD Brandenburg an der Havel (2024): Kommunalwahlprogramm der AfD.
- AfD Cottbus (2024): Aus Liebe zu Cottbus. Unser Programm zur Kommunalwahl 2024.
- AfD Falkensee (2024): Programm der AfD Falkensee zur Kommunalwahl 2024, Februar 2024.
- AfD Frankfurt (Oder) (2024): Unser Programm für Frankfurt (Oder).
- AfD Havelland (2024): Programm 2024. Für die Arbeit im Kreistag Havelland.
- AfD Oranienburg (2024): AfD-Wahlprogramm für Oranienburg 2024, 05.04.2024.
- AfD Petershagen/Eggersdorf (2024): Wahlprogramm der AfD 2024 für die Kommunalwahlen 2024, März 2024.
- AfD Potsdam (2024): Kommunalwahl. Zeit für echte Heimat, April 2024.
- AfD Rathenow (2024): Wahlprogramm für die kommende Legislatur.
- AfD Rüdersdorf (2024): Wahlprogramm der AfD Ortsgruppe Rüdersdorf zur Kommunalwahl 2024, 22.03.2024.
- AfD Teltow-Fläming (2024): Programm der AfD Teltow-Fläming. Wahl zum Kreistag Teltow-Fläming 9. Juni 2024, Zossen.
- AfD Zehdenick (2024): Unser Programm für Zehdenick, 05.05.2024.
- Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (Hg.) (2021): Bevölkerungsvorausberechnung für das Land Brandenburg 2020 bis 2030, Juni 2021, Potsdam.
- Antenne Brandenburg (2024): AfD kann 41 kommunale Mandate in Brandenburg nicht besetzen, 21.06.2024, <https://www.rbb24.de/politik/wahl/kommunalwahlen/2024/brandenburg-kommunalwahlen-afd-kann-40-kommunale-mandate-nicht-besetzen.html>.
- Benedict, Laura (1998): Sehnsucht nach Unfreiheit, Berlin.
- Berndt, Christoph / Springer, René (2022): Betrachtungen zur Zukunft der AfD, 15.06.2022, <https://sezession.de/65970/betrachtungen-zur-zukunft-der-afd>.
- Botsch, Gideon (2017): Rechtsextremismus als politische Praxis. Umriss akteursorientierter Rechtsextremismusforschung, in: Christoph Kopke / Wolfgang Kühnel (Hg.) (2017): Demokratie, Freiheit und Sicherheit. Festschrift zum 65. Geburtstag von Hans-Gerd Jaschke, Baden-Baden, (= HWR Berlin Forschung, Bd. 63), S. 131-146.
- Botsch, Gideon / Schulze, Christoph (2019): Die Bürgerwut im Kreistag?, in: Mitteilungen der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle, Ausgabe 5, Mai 2019.
- Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung (2024), Kommunalwahlen in Brandenburg, März 2024, <https://www.politische-bildung-brandenburg.de/kommunalwahlen-brandenburg>.
- Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung (Hg.) (2024): Kommunalwahlen in Brandenburg 9. Juni 2024. Fragen und Antworten, März 2024, https://www.politische-bildung-brandenburg.de/system/files/publikation/pdf/Kommunalwahlen_in_Brandenburg_2024.pdf.
- Falkner, Thomas / Kahrs, Horst (2019): Der AfD-Wahlerfolg in Brandenburg bei der Landtagswahl am 1. September 2019, https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Falkner-Kahrs-2019_AfD-Wahlerfolg-in-Brandenburg.pdf.
- Fischer, Moritz (2024): Die Republikaner. Geschichte einer rechts-extremen Partei 1983-1994. Göttingen.
- Geiler, Julius (2025): Wut auf Wessis, Wolf und Wirtschaft. Ein Brandenburger Dorf wählt blau, 25.02.2025, <https://www.tagesspiegel.de/potsdam/brandenburg/wut-auf-wessis-wolf-und-wirtschaft-ein-dorf-wahlt-blau-13269835.html>.
- Goodwin, M. J. (2006): The Rise and Faults of the Internalist Perspective in Extreme Right Studies, in: Representations, Vol. 42, No. 4, S. 347-364.
- Großmann, André (2024): Brandmauer in Brandenburger SVV gefallen?, 09.07.2024, <https://www.maz-online.de/lokales/brandenburg-havel/svv-in-brandenburg-an-der-havel-streit-um-den-umgang-mit-der-afd-Y7IF5WZ7B5CNFESZW7E1Y5N5TU.html>.
- Hauke, J. Cash (2023): „Das Amt verschenkt“?. Die Kommunalpolitik der AfD als Herausforderung für die Demokratie, in: Mitteilungen der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle, Ausgabe 11, Juni 2023.
- Heimatliebe (2023): Birgit Bessin. „Wir wollen 2024 die stärkste Kraft werden.“, Gespräch mit unserer brandenburgischen AfD-Landesvorsitzenden, in: Heimatliebe, August 2023, S. 4-10.
- Jahn Spirit (2024): Eine Kleidermarke für Traditionsbewußte, <https://www.instagram.com/jahnspirit/>.

- Klewes, J., Rauh, C., Wazinski, C., Bäcker, N.-K. & Change Centre Consulting GmbH (2022): Ergebnisbericht zur Studie. Präventive Strategien zum Schutz von kommunalen Amts- und Mandatsbränden vor Einschüchterung, Hetze und Gewalt, https://mik.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/Kommunalstudie%20BB_finale_Fassung_Auflage1.pdf.
- Kompalla, Peggy (2024): Erste Muskelspiele um Ansprüche im Stadthaus, Lausitzer Rundschau, 06.07.2024, S. 17.
- Kopke, Christoph / Lorenz-Milord, Alexander (2021): Die AfD in Brandenburg. Von der Rechtsabspaltung der CDU zur rechtsextremen "Bewegungspartei", in: Gideon Botsch und Christoph Schulze (Hg.): Rechtsparteien in Brandenburg. Zwischen Wahlalternative und Neonazismus, 1990-2020, Berlin, S. 217-244.
- Lorenz, Astrid / Träger, Hendrik (2021): Rechte Parteien im »roten« Brandenburg. Organisation, Wahlergebnisse und gesellschaftliche Verankerung seit 1990, in: Gideon Botsch und Christoph Schulze (Hg.), Rechtsparteien in Brandenburg. Zwischen Wahlalternative und Neonazismus, 1990-2020, Berlin, S. 23-50.
- Mikulla, Leonie (2022): Falkensee: Telegram-Chats sorgen für Entsetzen, in: Märkische Allgemeine Zeitung, 14.04.2022, <https://www.maz-online.de/lokales/havelland/falkensee/falkensee-telegram-chats-sorgen-fuer-entsetzen-JWBEHUNSGTX6DNH-B4Q772XUOQ.html>.
- Minkenber, Michael (2021): Rechtsextremismus, Rechtspopulismus, Rechtsradikalismus. Versuch einer terminologischen Einordnung, in: Gideon Botsch und Christoph Schulze (Hg.): Rechtsparteien in Brandenburg. Zwischen Wahlalternative und Neonazismus, 1990-2020, Berlin, S. 51-73.
- Minkenber, Michael / Sündermann, Teresa (2021): Das Verhältnis von AfD und rechtsradikalen Bewegungen in Brandenburg. Der Fall Zukunft Heimat in Cottbus, in: Gideon Botsch und Christoph Schulze (Hg.), Rechtsparteien in Brandenburg. Zwischen Wahlalternative und Neonazismus, 1990-2020, Berlin, S. 245-269.
- Mittelstandsinitiative (o.J.): Diese Unternehmer und Führungskräfte sind Fürsprecher unserer parteilosen Mittelstandsinitiative, <https://www.mittelstandsinitiative-brandenburg.de/mitmachen/wir-sind-dabei.html>.
- Mudde, Cas (2007): Populist Radical Right Parties in Europe, Cambridge.
- Obermüller, Christian / Radvan, Heike / Schiffner, Johanna (2023): „Es wäre gut, wenn Putin hier mal auskehren könnte“. Analysen zu Mobilisierungen (extrem) rechter Akteure in Cottbus in Reaktion auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine 2022, in: MIKOWA Arbeitspapiere, Ausgabe 6, 2023.
- Obinger, Sophie / Bonk, Christiane (2022): Frauen Macht Brandenburg! Daten – Fakten – Handlungsempfehlungen zur politischen Teilhabe von Frauen in Brandenburg, Potsdam.
- Peltz, Patrick (2025): Lokaljournalismus unter Druck, 03.04.2025, <https://www.ecpmf.eu/wp-content/uploads/2025/04/Lokaljournalismus-unter-Druck-Studie-2025.pdf>.
- Pettelkau, Markus (2024): Risse in der Brandmauer, Märkische Oderzeitung (Barnim Echo), 05.07.2024, S. 13.
- RBB24 (2024): Rund 1.000 politisch motivierte Straftaten in Brandenburg registriert, 04.08.2024, <https://www.rbb24.de/politik/wahl/Europawahl/2024/brandenburg-politisch-motivierte-straftaten.html>.
- Richter, Christoph (2023): Wer wählt rechtsaußen?, in: Mitteilungen der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle, Ausgabe 12, Oktober 2023.
- Schäfer, Tim (2024): Kandidaten, Parteien und Prozedere, Lausitzer Rundschau (Lübben), 08.06.2024, S. 18.
- Schroeder, Wolfgang / Ziblatt, Daniel / Bochert, Florian (2025): Hält die Brandmauer? Eine gesamtdeutsche Analyse: Wer unterstützt die AfD in den deutschen Kreistagen, 2019-2024, März 2025, Berlin.
- Schulz, Adrian / Soltau, Hannes (2025): Historiker Volker Weiß über die Gefahr durch die AfD, in: Tagesspiegel, 01.03.2025, <https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/historiker-volker-weiss-uber-die-gefahr-durch-die-afd-ob-merz-noch-ein-verbundeter-ist-erscheint-mir-fraglich-13290790.html>.
- Schulze, Christoph (2017): Brandenburger Asylfeinde demonstrieren seltener, in: Mitteilungen der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle, Ausgabe 1, Januar 2017.
- Schulze, Christoph (2018): Konsolidierung eines Milieus, in: Mitteilungen der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle, Ausgabe 3, Januar 2018.
- Schulze, Christoph (2019): Zur Bündnis- und Demonstrationpolitik der AfD in Brandenburg, in: Mitteilungen der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle, Ausgabe 6, Juni 2019.
- Schulze, Christoph (2020): Direkte Ansprache, in: Mitteilungen der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle, Ausgabe 7, April 2020, S. 18-20.
- Schulze, Christoph (2021): Die Republikaner, Der schnelle Aufstieg und tiefe Fall eines Landesverbandes, in: Gideon Botsch und Christoph Schulze (Hg.), Rechtsparteien in Brandenburg. Zwischen Wahlalternative und Neonazismus, 1990-2020, Berlin, S. 99-111.
- Schulze, Christoph (2022): „Corona-Protteste“ und die extreme Rechte, in: Mitteilungen der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle, Ausgabe 10, Mai 2022.
- Schulze, Heiko (2023): AfD Uckermark stellt 61 Kandidaten für Kreistag auf, 08.12.2023, <https://www.nordkurier.de/regional/uckermark/afd-uckermark-stellt-61-kandidaten-fuer-kreistag-auf-2112895>.
- Vehrkamp, Robert (2025): Selbstbeschädigung der Mitte. Die Ergebnisse der Bundestagswahl 2025 in den sozialen Milieus, in: Einwurf – Policy Brief der Bertelsmann-Stiftung, Ausgabe 01/2025, Gütersloh.
- Vierkant, Maica (2021): Im Schatten der Mutterpartei. Die NPD Brandenburg zwischen Wahlpartei und Bewegungsdienstleister, in: Gideon Botsch und Christoph Schulze (Hg.), Rechtsparteien in Brandenburg. Zwischen Wahlalternative und Neonazismus, 1990-2020, Berlin, S. 113-143.

Alle Onlinequellen sofern nicht anders angegeben geprüft am 10.04.2025.

IMPRESSUM

Mitteilungen der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle
Antisemitismus und Rechtsextremismus

Herausgeber:

Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien
Am Neuen Markt 8, 14467 Potsdam

Telefon: (0331) 28 09 40

moses@mmz.uni-potsdam.de

www.mmz-potsdam.de

Redaktion: Christoph Schulze

Fotos: Pressefuchs Brandenburg, Nils Michel

Druck: Hinkelstein Berlin

ISSN: 2569-0906 (Print), 2944-0173 (Online)



Soweit nicht anders gekennzeichnet, ist dieses Werk unter einem Creative Commons-Lizenzvertrag Namensnennung 4.0 lizenziert. Dies gilt nicht für Zitate sowie für Werke, die aufgrund einer anderen Erlaubnis genutzt werden. Fotorechte verbleiben bei den Rechteinhaber:innen.